

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Alexander Wolf, Dirk Nockemann, Detlef Ehlebracht,
Andrea Oelschläger, Harald Feineis und Peter Lorkowski (AfD)**

**Betr.: Kostenübernahme für bauliche Sicherungsmaßnahmen und den
gemeindlichen Wachschatz in jüdischen Einrichtungen in Hamburg**

Der deutsch-jüdische Historiker Michael Wolffsohn beklagt eine fehlende Unterstützung des deutschen Staates zum Schutze seiner jüdischen Bürger. Seiner Meinung nach bedürfe es einer „andere(n) Gesellschaftspolitik“ sowie einer „andere(n) Sicherheitspolitik“, um jüdisches Leben in Deutschland vor dem Hintergrund rechts- und linksextremistischer sowie islamistischer Bedrohung zu schützen.¹ Die antisemitischen Angriffe der letzten Zeit verdeutlichen die von Michael Wolffsohn beschriebene Bedrohungslage.

Am 4. Oktober 2019 stieg der Syrer Mohammad M. mit einer 20 cm langen Klinge bewaffnet über den Sicherheitszaun der Synagoge in Berlin-Mitte und rief laut Zeugenaussagen „Allahu Akbar“ („Gott ist groß“) und „F... Israel“. Die Sicherheitsleute der Synagoge konnten Mohammad M. erst durch den Einsatz von Pfefferspray aufhalten und der Polizei übergeben. Tags darauf wurde Mohammad M. aus dem Polizeigewahrsam entlassen, da keine Voraussetzungen für einen Haftbefehl vorlagen, lediglich der Anfangsverdacht eines Hausfriedensbruchs und das mitgeführte Messer wurden als „Ordnungswidrigkeit“ eingestuft. Mittlerweile befindet sich der Täter in einer Psychiatrie, doch von einer „islamistischen Motivlage“ will die Berliner Generalsstaatsanwaltschaft² nicht sprechen.

Am 9. Oktober 2019, zum Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, versuchte der rechtsextreme Terrorist Stephan B. mit selbstgebauten Waffen in die Hallenser Synagoge einzudringen, um die dort betenden Juden zu töten. Nachdem ihm dies nicht gelungen war, ließ er von seinem Vorhaben ab und tötete auf seiner Flucht zwei Menschen. Die Polizei kam erst nach mehr als zehn Minuten zur Synagoge, als der Täter bereits weg war. Nur die massiven Türen der Synagoge, die dem Beschuss durch die Waffen des Täters standhielten, konnten Schlimmeres verhindern.

Die Auswirkungen des steigenden Antisemitismus in Deutschland machen auch vor Hamburg nicht Halt. Am 20. Juni 2019 wurde der Hamburger Landesrabbiner Shlomo Bistrizky zusammen mit einem anderen Mitglied der Jüdischen Gemeinde Hamburg vor dem Hamburger Rathaus von einem 45-jährigen Marokkaner bedroht und bespuckt. Seiner Festnahme durch die herbeigerufene Polizei widersetzte sich der Tatverdächtige; ihm mussten Handfesseln und eine Spuckschutzhaube angelegt werden. Aufgrund fehlender Haftgründe wurde der Tatverdächtige nach Abschluss der kriminalpolizeilichen Maßnahmen wieder auf freien Fuß gesetzt. In diesem Fall wurde umgehend von einem psychisch verwirrten Täter gesprochen, doch der Landesrabbiner Shlomo Bistrizky sagte in einem Interview: „Ich hatte schon den Eindruck, dass er sehr genau wusste, was er macht. Er hat uns ja ganz gezielt angegriffen.“

¹ <https://www.mdr.de/kultur/themen/wolffsohn-juden-sicherheit-rechtsextremismus-100.html> (abgerufen am 18.10.2019).

² <https://twitter.com/GStABerlin/status/1181495021477998592?s=20> (abgerufen am 21.10.2019).

Der Sprecher der Jüdischen Gemeinde in Hamburg, Daniel Killy, sagte dem „Hamburger Abendblatt“, dass, wenn man die Gemeinde nach einem konkreten Wunsch an die Stadt fragte, sei dies eine weitere Übernahme der Kosten für bauliche Sicherungsmaßnahmen.³

Die Freie und Hansestadt Hamburg kann auf eine lange und stolze jüdische Tradition zurückblicken. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, reichen bloße Mahnwachen und „Nie wieder“-Bekundungen nicht aus, sondern die Freie und Hansestadt Hamburg muss sich dem Antisemitismus jeglicher Form mit allen ihr zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln entgegenstellen. Dies bedeutet auch, für den Schutz seiner jüdischen Bürger und jüdischer Einrichtungen die erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen.

Unsere Fraktion hat diese Thematik bereits in der Vergangenheit aufgegriffen. So forderten wir die Berufung eines Beauftragten⁴ der Stadt Hamburg für jüdisches Leben in Hamburg und forderten in einem weiteren Antrag die Gründung⁵ einer Recherche- und Informationsstelle für den Kampf gegen Antisemitismus und in Hamburg. Die anderen Fraktionen lehnten beide Anträge ab.

Auch vor dem Hintergrund des gestiegenen Antisemitismus in Deutschland und der sich damit verschlechternden Sicherheitslage hat unsere Fraktion die Kosten zum Schutze jüdischer Einrichtungen als einzige Fraktion in mehreren Drucksachen thematisiert und erfragt, um auf etwaige Schwachstellen und Verbesserungsmöglichkeiten hinzuweisen. So geht aus Drs. 21/14021 hervor, dass sich die Sicherheitslage und das damit eingehende Sicherheitsgefühl vieler jüdischer Bürger Hamburgs verschlechtert haben.⁶ Die Freie und Hansestadt Hamburg gewährt der Jüdischen Gemeinde in Hamburg erst seit dem letzten Quartal 2018 eine teilweise Beteiligung an den Kosten für den gemeindlichen Sicherheitsdienst – seit 2019 immerhin 100 000 Euro p.a. –, jedoch erst „nach Prüfung der besonderen Sachlage“⁷ und mehr als zwei Jahre nach Antragstellung durch die Jüdische Gemeinde, die den Zuwendungsantrag an die zuständige Behörde in Hamburg bereits im Juli 2016 gestellt hatte.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

1. Der Senat soll umgehend auf beide Jüdischen Gemeinden zugehen, um das vorhandene Sicherheitskonzept zu überprüfen und gegebenenfalls zu überarbeiten. Dabei ist zu ermitteln, welcher Kostenbedarf für den gemeindlichen Wachschatz sowie eventuelle weitere bauliche Sicherheitsmaßnahmen besteht. Der Bürgerschaft ist bis 31.01.2020 hierüber zu berichten.
2. Auf Grundlage des neuen Sicherheitskonzepts überprüft die Freie und Hansestadt, ob sie die Kosten für den gemeindlichen Wachschatz gänzlich übernimmt und sich nicht nur wie bisher mit 100.000 Euro p.a. daran beteiligt. Dies gilt entsprechend für eventuell anfallende Kosten für bauliche Maßnahmen.

³ <https://www.abendblatt.de/hamburg/article227332563/Anschlag-in-Halle-Hamburgs-Senator-Grote-gibt-der-AfD-Mitschuld-an-Gewalt.html> (abgerufen am 21.10.2019).

⁴ https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/63690/berufung_eines_beauftragten_der_stadt_hamburg_fuer_juedisches_leben_in_deutschland_und_den_kampf_gegen_antisemitismus.pdf (abgerufen am 21.10.2019).

⁵ https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/63968/gruendung_einer_recherche_und_informationsstelle_antisemitismus_in_hamburg.pdf (abgerufen am 21.10.2019).

⁶ https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/63420/kostenentwicklung_des_schutzes_juedischer_einrichtungen_in_hamburg_ii.pdf (abgerufen am 21.10.2019).

⁷ https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/65484/kostenentwicklung_des_schutzes_juedischer_einrichtungen_in_hamburg_iv.pdf (abgerufen am 21.10.2019).